

Die gestrige Konferenz der Alliierten.

London. Ueber die gestrige Nachmittagskonferenz der Alliierten wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Die Alliierten haben beschlossen, die Deutschen für Donnerstag mittags 12 Uhr in den St. James-Palast einzuladen. In der Sitzung wird der deutsche Delegationschef die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge mitgeteilt werden.

London. Die Sonderberichterkonferenz der Alliierten hat sich am Donnerstag mittags in der Besprechung der Alliierten mitgeteilt. Er legte es ab, vorher irgendwelche Mittelungen zu machen.

London. (Weiter.) Auf der gestrigen Nachmittagskonferenz herrschte unbedingte Uebereinstimmung sowohl mit Bezug auf die deutschen Gegenanträge als auch auf die Folgen. Die Sitzung war von großer Bedeutung.

Paris. Nach einer Mitteilung des Londoner Sonderberichterkonferenz der Alliierten Gavaud soll in der heutigen Nachmittagskonferenz der Alliierten Delegationen der Schatzminister Chamberlain im Namen der wirtschaftlichen und Finanzkommission eine Darlegung verlesen haben, die die deutschen Gegenanträge unterliegt und ihre Unannehmbarkeit beweist. Der französische Jurist Bromageot habe die Schlussfolgerungen der juristischen Kommission und Marschall Hoch die der militärischen Sachverständigen vorgetragen. Eine Erörterung sei nicht erfolgt. Nachdem die Sachverständigen der Sitzungssaal verlassen hatten, hätten die Verhandlungen des unter sich weiter verhandelt. Die finanziellen Sachverständigen seien um 3 Uhr wiederum zu einer Beratung zusammengekommen.

Das Abkommen der Alliierten.

London. Der Sonderberichterkonferenz der Alliierten Gavaud glaubt in der Lage zu sein, über das von den Alliierten unterzeichnete Abkommen folgende Einzelheiten geben zu können. 1. Die deutschen Gegenanträge werden für unannehmbar erklärt. 2. Das Pariser Abkommen muß die Grundlage der Verhandlungen bleiben, wobei wohlgeachtet die beiden beteiligten Parteien sich über die Durchführungsmöglichkeiten verständigen können. 3. Die deutsche Abordnung ist vor eine Frist von 4 Tagen gestellt, um ihre Annahme des Abkommens vom 23. Januar kundzugeben. 4. Falls sich die deutschen Abordnungen weiter weigern sollten, zu unterzeichnen, so würden die Alliierten zu weiteren Maßnahmen zu beschließen, wenn Deutschland weiterhin bei seiner Willkür fest verharren würde, würde es außerdem von wirtschaftlichen Maßnahmen betroffen werden, wie z. B. 1. Erhebung der Hälfte des Ertrages aus dem Verkauf Deutschlands im alliierten Ausland, 2. Errichtung einer besonderen Zollverwaltung, die das linke Rheintal vom übrigen Deutschland abtrennt und zwar unter Aufsicht der Reparationskommission.

Paris. Der Sonderberichterkonferenz der Alliierten Journalist meldet aus London, Lord George wird demnächst dem deutschen Botschaftler eine Note vorlegen, in der die deutschen Delegierten vor die Alternative gestellt werden, nächsten Montag 12 Uhr entweder das Pariser Abkommen anzunehmen oder neue Verhandlungen zu formulieren, deren Ergebnisse aber nicht geringer sein dürfen als das Ergebnis der im Pariser Abkommen vorgesehenen feststehenden und variablen Annuitäten.

Gegen Schlemmeri und Genugthuung.

Berlin. Der Vorsitzende des deutschen Roten Kreuzes hat in einem an den Reichspräsidenten gerichteten Schreiben auf die den Ernst der Lage verkennende Lebenssituation besonders der heillosen Klassen hingewiesen und gebeten, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Der Reichspräsident hat am 18. Februar an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, das sich gegen die lärmende Genugthuung und das sittenlose Vergnügen der Arbeiter gewisser Kreise wendet und die unabhängigen Behörden zum Einschreiten auffordert. Der Reichskanzler hat sich mit den Landesregierungen in Verbindung gesetzt.

Berlin. Der „Vorwärts“ meldet aus London: Auf den Protest der holländischen Gewerkschaften gegen die Deutschland auferlegten Beschränkungen antwortete Lord George in einem Telegramm, er sei überrascht, diesen Protest zu erhalten. Er könne sich durchaus nicht erinnern, daß während des Krieges im Innern, wo die imperialistische deutsche Reaktion am Werke war, zu verhindern, die holländischen Gewerkschaften einen Protest erhoben haben. Ebensoviele sei ihm bewußt, daß die Arbeiter Hollands gegen die Verschleppung französischer und belgischer Arbeiter, die in Deutschland hätten Sklavenarbeit verrichten müssen, protestiert haben. Soweit es Lord George betreffen könnte, hätte der gegenwärtige Protest der holländischen Gewerkschaften keinen anderen Zweck, als auf die arbeitenden Massen Frankreichs und Belgiens nicht nur die Kriegskosten, sondern auch jene der Wiedergutmachung der Schäden, die während der Hohenzollern-Herrschaft durch den Krieg hervorgerufen worden seien, abzumwälzen. Es sei nur gerecht, daß die Urheber des Krieges, deren Länder vollkommen unberührt vom Schrecken des Krieges geblieben seien, für die Folgen aufkommen und die Kosten der Wiedergutmachung der zerstörten Länder tragen. — Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Sollte dieses demagogische Gewebe etwa die Antwort auf den förmlichen Protest der Gewerkschaften internationaler sein, der nur zufällig von Holländern gezeichnet ist, weil das Bureau gerade in Amsterdam ist?

Streik der Hamburger Hafenarbeiter.

Hamburg. Die Hafenarbeiter in Hamburg und Altona haben wegen Ablehnung des von ihnen geforderten Zulageabkommens von 10 M. für den Tag feiern die Arbeit niedergelegt. Der Hafenbetrieb ruht vollkommen.

Bergarbeiterstreik.

Saargemünd. In der vorletzten Nacht erkrankte sich infolge eines schlagenden Wetters in einem Schacht ein Eisenerz. Aus den Trümmern wurden die Leichen von vier Bergarbeitern hervorgerufen. Die Aufräumungsarbeiten haben begonnen.

Kreuzfahrt eines französischen Geschwaders nach den amerikanischen Gewässern. Paris. Nach einer Gavaud-Meldung aus Vologna wird das französische Geschwader des westlichen Mittelmeeres demnächst eine längere Kreuzfahrt nach den amerikanischen Gewässern antreten.

Die finnische Besatzung.

London. Im Unterhaus erwiderte Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage: Die Gesamtzahl der im Finnland befindlichen britischen Truppen betrage 10 000 Mann. Die Kosten für den Unterhalt belaufen sich auf etwa 219 200 Pf. Sterl. im Monat. Bonar Law erwiderte außerdem: Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Deutschland an Steuern 999 Mark, in Frankreich 200 Franken, in Italien 208 Lire und in England 99 Pf. Sterl.

Der Streik auf der Helsingfors Schiffswerft beendet. Helsingfors. In einer gestern morgen von Vertretern der Arbeiter nachschickten Verhandlung wurde die

Arbeit. Die Arbeiter streikten am vergangenen Samstag. Arbeiter und Arbeiter verdient. Alle drei seien Führer. Aber Verantwortlichkeit, ihre Stellung und ihr Einfluß machten sie nicht los. Arbeiter haben mit großer Geschwindigkeit die Arbeiter im Bezirk Helsingfors geleitet. Das habe dann geführt, daß er auch auf eine höhere Stelle berufen wurde. Rühler sei ein Mittel. Ein deutscher Mann, der als Offizier vor dem Verbandsstand habe, der als Führer mit gutem Beispiel vorangehen sollte, habe sich demselben verschrieben. Es sei unklar, daß die Arbeiter, wie auch die kommunistische Partei damals daran gedacht haben, sich der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die kommunistische Partei und das Verstecken einer roten Karte seien Angriffsformationen, und zwar ausschließlich. Der Staatsanwalt beantragt gegen Arbeiter, Schröder und Rühler je drei Jahre Gefängnis ohne Führung der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Bohnen und Barisch je zwei Jahre Gefängnis. Bei Bohnen komme erschwerend in Betracht, daß er die Führung befehligt habe. Für die beiden anderen Angeklagten Rühler und Arbeiter seien je ein Jahr Gefängnis anzuwenden. Das Urteil wird wahrscheinlich erst am Sonntag verlesen werden können.

Tagesneuigkeiten.

Deutsches Reich.

Tirpitz in Altona. Vortag „Vorwärts“ hatte sich auf der Fahrt in Altona voran einen Trupp unterländischer Arbeiter einzuordnen, deren Sprecher an den Großadmiral v. Tirpitz eine Ansprache hielt, in der gesagt wurde, der Großadmiral habe wie kein Zweiter den Krieg gegen England geführt. Er sei einer der Dautschland die II. Weltkrieges, für den unser Volk jetzt so bitter büßen muß. Auch Tirpitz wurde beschuldigt, aus der Not des Volkes Riesen zu schneiden. Tirpitz erwiderte: Die Zusammenbrüche und die Arbeitsgemeinschaft waren unserm Volke verloren gegangen. Das hat den Rändern räumlich, die nur auf die Seelenarbeit lauerten, Deutschlands blühende Wirtschaft an sich zu reißen. Wäre unser Volk immer klarer worden, daß Großes nur geleistet werden kann, wenn der Kopf die Hand leitet, daß aber andererseits Kopf und Handarbeit sich nicht trennen lassen, sondern vereinen müssen. Die Regierung in London soll entscheiden, ob nicht nur die lebende Generation der Deutschen, sondern auch unsere Kinder bis zum dritten und vierten Gliede zur Frontarbeit für den fremden Kapitalismus verurteilt werden sollen. Ein Wort aus besseren Tagen hat uns die Nordsee, in der wir hier leben, hinterlassen, das nach außen und nach innen in die Querschnitte der Deutschen eingeschmeißert werden sollte, bis es fest drinnen sitzt: No emig ungedeiht! Erst wenn die Seele unseres Volkes dieses Wort ganz erfaßt hat, werden wir wieder frei sein.

Der Völkerverbund hat eine Konferenz nach Barcelona einberufen, um die in der Völkerverbandsakte vorgesehene allgemeine Verkehrs- und Transitfreiheit ihrer Verwirklichung anzuhelfen. Das Programm der Konferenz umfaßt die Aufstellung von Entwürfen zu einem Weltvertrage über die Freiheit des Durchgangsverkehrs sowie zu einer internationalen Rechtsordnung für die schiffbaren Wasserstraßen, die Eisenbahnen und Häfen. Eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz, die am 10. d. M. beginnt, ist auch der deutschen Regierung zugegangen und von ihr angenommen worden. Die Angelegenheit ist für Deutschland insofern von besonderer Bedeutung, als es durch den Vertrag von Versailles verpflichtet worden ist, jedem allgemeinen Uebereinkommen über die internationale Regelung des Durchgangsverkehrs, der Schiffahrtswegen, Eisenbahnen und Häfen beizutreten, das zwischen den alliierten Mächten mit Zustimmung des Völkerverbundes binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten des Verfallens des Vertrags abgeschlossen wird.

Die Arbeiterkammer der Vulkanwerft entlassen. Aus Stuttgart wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen der Arbeiterkammer der Vulkanwerft und dem Betriebsrat der Vulkanwerft unter Einwirkung der beteiligten Organisationen haben zu einer Verständigung nicht geführt. Die Vertreter der Arbeiterkammer verlangen die Wiederherstellung aller Arbeiter, was von der Betriebsleitung im Interesse der arbeitwilligen Belegschaft abgelehnt wurde. Die Direktion der Vulkanwerft hat nunmehr die Entlassung der gesamten Arbeiterkammer ausgesprochen.

Bewaffnete englische Handelschiffe. Im Hamburger Segelclubsport wird der englische Handelsdampfer „Orange-River“ eine Maßnahme. Auf Deck steht eine 10,5 cm Kanone, deren Wundung auf die Stadt gerichtet ist. Dies ist der dritte Fall eines bewaffneten Handelschiffes, wie solche auch aus anderen Häfen schon verschiedentlich gemeldet worden sind.

Eine maßlose Forderung der englischen Besatzungsbehörde. Die britische Besatzungsbehörde in Köln hat entgegen dem Abkommensabkommen, das Eingetragene nur für Polizeibeamte und Offiziere vorbestimmt, für 800 Mannschaften Familien Baracken und Wohnungen in massiven Häusern verlangt, deren Kosten sich auf 75 Millionen belaufen. Nach der „Deutschen Wk. Ztg.“ droht sie im Falle einer Weigerung, diese maßlose Forderung zu erfüllen, mit Klammerung eines Häuserblocks in der Nähe der Katernen.

Schweiz.

Die Truppenabzüge durch die Schweiz. Der Schweizerische Bundesrat hat sich erneut mit der Frage des Truppenabzuges durch die Schweiz im Hinblick auf die Verhandlungen im Völkerverbandsrat beschäftigt. Der Bundesrat steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Truppenabzüge nicht durch die Schweiz geleitet werden sollen.

Russland.

Lenin und Trotski auf der Flucht? „Times“ meldet, daß Lenin und Trotski nach der Krimbahnlinie entflohen sind. In Petersburg soll ein Aufruhr gegen die Sowjetregierung ausgebrochen sein.

Amerika.

Aufhebung der Arianengesetze. Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat sich das Vizepräsidentenbüro für das vom Senat angenommene Gesetz, das so gut wie alle für die Kriegszeit erlassenen Gesetze aufhebt, ausgesprochen. Das Gesetz betrie den Handel mit dem Feinde bleibt noch in Kraft.

Eine Abstraktionskonferenz. Der Senat hat einstimmig ein Amendement zum Wariretat angenommen, das den Präsidenten erlaubt, eine Konferenz Japans, Englands und der Vereinigten Staaten zur Klärung der Frage der Abstraktion zur See einzuberufen. Wie verlautet, wurde im Laufe der gestrigen Senatssitzung neben anderen Fragen auch die Frage des Handels mit Japan und die japanischen Ansprüche auf diese Insel behandelt.

Wegen der schwarzen Schwärze. In New-York fanden sich 30 000 Menschen zu einer Demonstration gegen die schwarze Schwärze zusammen. Eine Anzahl hoher Beamter hielt Ansprachen. Die ganze Veranstaltung verlief höchst eindrucksvoll.

Meldungen aus Berliner Morgenblättern.

Schlichters „Reigen“ in Prag verboten. Schlichters „Reigen“ wurde in Prag von der Polizeidirektion für öffentliche Aufführungen verboten, doch für geübte Bühnen als sogenannte Probeaufführung gestattet. Der Dresdner Operndirektor, der sich zuerst auf einer Konzertreise in Kopenhagen befindet, erzielte nach von dort eingetroffenen Meldungen mit seinen bisherigen Aufführungen unter Kapellmeister Bombardier stetig anwachsenden Erfolg.

Kollen. Ein Volkstheatertrupp trat am Sonntag früh 4 Uhr auf der Landstraße den 16-jährigen Sohn des Ortswärter A. mit schwerem Rudel auf und tötete. Inhalt: 13 Kupferformen und 7 neue Feilen im Werte von 1500 Mark, die aus der Puppenfabrik gestohlen waren. A. wohnt in Dresden, war mit dem letzten Zuge von Dresden gekommen, schlich sich in die ihm bekannte Fabrik und war mit seiner Beute auf dem Wege nach Deutschhoda, um die gestohlene Beute in Dresden beim A. hind. es zu verkaufen. A. wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Flauen. In seiner Arrestzelle erhängt amgehunden wurde der 31 Jahre alte Besitzer der Kammgarnspinnerei, Albert Feuster, der sich unter dem Verdacht der Schwarzmillerei in Untersuchungshaft befand, nachdem man bei ihm 500 Hemmer Getreide beschlagnahmt hatte. — Vom längerer Aussprache bewilligten die Stadivertreter einen Betrag von 332 100 Mark als Beihilfen für 735 bedürftige Konfirmandenlinder. Weiter erhalten 211 Konfirmanden auch Beihilfen für Arbeitsbeschäftigung. Da die Konfirmanden auch noch Beihilfen für ein Hemd erhalten, beträgt die Beihilfe rund 500 Mark auf den Kopf. Die Beihilfe wird aber nicht in bar gewährt, sondern in Gutscheinen, die von allen Berliner Geschäftleuten angenommen werden.

Leipzig. Zur letzten Versammlung waren rund 10 000 Ausländer als Gäste in Leipzig erschienen. Nach Meldungen der ehrenamtlichen Vertreter des Reiches für die Leipziger Ostermesse im Auslande liegt aber aller Grund vor, anzunehmen, daß diesmal der Zustrom der Ausländer noch ganz bedeutend stärker einsehen wird, als bei der letzten Messe. Diese Tatsache mag manchen überraschen. Aber die statistischen Unterlagen beweisen, daß es tatsächlich so ist.

Leipzig. Hier wurde gestern vor einem Kreisgerichtlicher Wache die vom Bürgerausschuß und Ueben gerichtliche Ausschließung des Friedensdienstes von Versailles und seine Folgen erörtert. Die Ausschließung ist auf dem Grundstock der Leipziger Wachen veranfaßten gleichartigen Ausschließung aufgebaut und bezeugt die vollständige Darstellung der Leistungen des Versailles Vertrages.

Sächsischer Landtag.

Mit. Dresden, 2. März.

Von der heutigen Tagesordnung wurden die beiden ersten Anträge abgelehnt. Das Haus befaßte sich dann mit der ersten Beratung der Gesetzesvorlage über

Änderungen im Vollzeitswesen.

Minister des Innern Bismarck begründete die Vorlage. Es handelt sich um die Verstaatlichung der Kriminalpolizei. Der Polizeibeamtensverband hatte in einer Denkschrift an die Regierung die Verstaatlichung der gesamten Polizei, einschließlich der Vollzeitspolizei, in Anregung gebracht. Die Regierung ist aber dazu gekommen, zunächst einen Mittelweg zu beschreiten und nur die Kriminalpolizei auf den Staat zu übernehmen.

In der Ansprache tritt Abg. Wähler (Dsch. Op.) für Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsauschuß ein. Es sei vor allem nötig, dort Richtlinien über Sicherheits- und Vollzeitspolizei aufzustellen, damit festgelegt werde, was bei den Gemeinden verbleiben solle. Bis jetzt herrsche darüber vollständige Unklarheit. Es bestehe keine staatliche Notwendigkeit, die Vollzeitspolizei den Gemeinden zu nehmen. Deshalb müßten die Gemeinden es ablehnen, den hier beabsichtigten Schritt mitzumachen. Dem § 2 des Entwurfes könne nicht ohne weiteres zugestimmt werden. In der Beurteilung der Vollzeitspolizei bestehe noch große Unklarheit.

Abg. Wiedmann (L. S.) betont, daß die Vorlage auch politisch eine große Stärkung der Staatsgewalt bedeute. Die Vorlage wird dann dem Rechtsauschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Die letzten drei Punkte der Tagesordnung, betr. die Entwaffnung und die Erlösung der Erbschaft in Sachsen sowie der Antrag auf Wahrung von Renten an die bei der Abwehr des Rapp-Butsches Verwundeten, werden in gemeinsamer Beratung angenommen.

Abg. Wierner (Komm.) rüht die ganze Gegenrevolution vom Rapp-Butsch bis zur Erbschaft auf, gibt aber in der Hauptsache nur den Inhalt der Zeitungsartikel wieder, die in dieser Zeit erschienen sind. Die Erbschaft in Sachsen etwa 100 000 Mitglieder, deren Entwaffnung gefordert werde.

Minister Bismarck legt sein Urteil an der Hand des Gründungsprotokolls der Erbschaft dar, das dahin geht, daß die Erbschaft in Bayern unter Mitwirkung der bayerischen Regierung gearndet worden und aus den Zeitfreiwilligen-Verbänden hervorgegangen sei. In Sachsen sei die Organisation Sicherheit nicht anerkannt worden. Um die Erbschaft auf zu stellen, müsse das ganze Volk mitwirken, insbesondere die Arbeiterklasse. Was den Antrag zum Rapp-Butsch betreffe, so sei das eine Angelegenheit des Reiches.

Es wird eine Aussprache beschlossen, in der der Abg. Wähler (Dsch.), der als früherer Minister des Innern die Verhältnisse über die Erbschaft genau kennt, weitere Aufschlüsse gibt.

Die beiden ersten Anträge werden dem Rechtsauschuß überwiesen. Ueber den letzten Antrag (Entschädigung an beim Rapp-Butsch verwundete Arbeiter) soll in einer späteren Sitzung abgestimmt werden.

In späterer Abendstunde wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, nachmittags 1 Uhr. Die neue Geschäftsordnung des Landtags; das Annahmengesetz.

Kasseler Kommunistenprozess.

Am gestrigen 11. Verhandlungstage des Kasseler Kommunistenprozesses gab es eine Gegenüberstellung des Angeklagten Parbich mit seinem früheren Logiswirt, dem diegenannten Zeugen Auf-der-Straße. Parbich erörtert wieder dabei die merkwürdige Tatsache, daß Auf-der-Straße es im Untersuchungsgefängnis fertiggebracht hat, an die Hand der Angeklagten Parbich zu gelangen. Trotz des Uebereinstimmenden Auf-der-Straße bleibt Parbich dabei, der Zeuge habe ihm 200 Mark für den Fall angeboten, daß er alle Schuld auf die Partei schiele, gemeldet ist die kommunistische Partei. Die Rolle, die Auf-der-Straße gespielt hat, ist noch immer ungeklärt. Auch seine Frau, die vernommen wird, weiß nichts auszusagen. Sie erklärt, ihr Mann habe sie niemals über sein Tun und Lassen unterrichtet. Im Ofen habe sie einmal verbrannte Schriftstücke gefunden. Diese kamen von ihrem Untermieter, dem Angeklagten Parbich.

Der Staatsanwalt Dr. Meyer ergriff sodann das Wort in einem ergreifenden Plaidoyer. Er verlas das Programm der Organisation Sicherheit und stellte fest, daß der Kernpunkt des Programms Uebereinstimmung von Ruhe und Ordnung und der Ablehnung von gewalttätiger Gewalt sei. Auf Grund dieses Programmes sei die Partei verboten worden. Was hat man demgegenüber, so fragte der Staatsanwalt, mit dem Programm der kommunistischen Partei getan, in dem das Wort Uebereinstimmung in dem von revolutionärer Bewegung die Rede ist, und wo die parlamentarische Aktion als in zweiter Linie kommend, bezeichnet wird? Die kommunistische Partei lüge im Reichstage und berate mit den übrigen Parteien über Gesetze und Verordnungen. Durch zu große Rücksicht der Behörden mit den Unterabteilungen seien die Angeklagten auf ihrem Wege behindert worden. Die Milde der Regierung und der Behörden gegenüber den Unterabteilungen habe das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit bei den Angeklagten ge-

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute zum letzten Mal: **Martyrium mit Pola Negri.**
Freitag bis Montag, den 7. März, die große Sensation

Harry Piel Der Verächter des Todes Harry Piel

Abenteuer eines Diebesganges in 5 Akten. Niemand lasse sich dieses Filmwerk entgehen.
Beginn der Vorstellungen Freitag und Samstag 7 und 9 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Sonntag ab 2 Uhr Jugendvorstellung. Um gütigen Zuspruch bittet die Besiegerin Anna Jach.

Metropol-Lichtspiele
Pöppelstr. 2, Gaffhaus Stadt Freiberg.
Donnerstag, 3., bis Sonntag, 6. 3.:
Der geheimnisvolle Steinbruch.
- Der Nachtstreiter -
Spannendes Detektivdrama in 5 Akten.
Geisteranz
Detektivdrama in 4 Akten. In der Hauptrolle:
Bruno Eichgrün.
Spannend, atemberaubend bis zum Schluss.

Vereinsnachrichten

Eintracht, Rieta. Sonnabend 7/8 Uhr Familienabend im Kronprinzen. Eingeladene Gäste willkommen.
Turnverein Rieta. Alle Mitglieder und deren Angehörige sind für Sonnabend im Hotel Köppler zur Spiel- und Sport-Abt. geladen. Dabei Ausgabe der „Jahrestafel“.
Museumverein Gröba. Jahreshauptversammlung Freitag, 4. März, abends 7/8 Uhr in der Volksbücherei.

Öffentlicher Vortrag
des Herrn Kultusminister a. D. Dr. Seyfert
am Montag, den 7. März 1921
abends 8 Uhr im Hotel zum Stern über:
„Innerer und äußerer Ausbau unseres Schulwesens“.
Hierauf Ansprache.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Demokratische Partei in Rieta.

Wesers Restaurant.
Sonnabend, Sonntag und Montag
großer Vordier-Auschnitt.
Stoff hochfein. H. Bodwürstchen.
Es laden ergebenst ein Otto Weser und Frau.

Gasthof Grödel
Sonnabend, den 6. März
Preis-Skaten mit Zahlenreizen
Anfang 8 Uhr
womit freundlichst einladen Robert Lamm u. Frau.

Zigarren-Spezialhaus
Fritz Lohse
Rieta, Pöppelstr. 3.
Versuchen Sie bitte meine gut gelagerten Zigarren von nur bestrenommierten Fabriken.
Stück von 50 Pfa. an.
Große Auswahl in Zigaretten und sämtlichen Rauchwaren.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme durch Wort, Schrift und schönen Blumen-schmuck beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Eisenwerkesarbeiters
Nari Clemens Brummer
sagen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank. Herzlichen Dank auch für freiwilliges Tragen und ehrendes Geleit zu seiner letzten Ruhestätte, sowie seinen Herren Vorgesetzten und lieben Mitarbeitern für sinnige Gabe.
Rieta, den 2. 3. 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.

In den Folgen eines Unfalles im Beruf verchied im Krankenhaus zu Rieta am Dienstag abend 9 1/2 Uhr unser lieber guter Gatte, Vater, Schwieger, Großvater und Onkel, der Schlosser
Josef Focke
im Alter von 66 Jahren.
Agnis Focke
im Namen aller Hinterbliebenen.
Gröba, Pöppelstr. 8, Leipzig, Berlin.
Zeitlich in Böhmen, 3. März 1921.
Beerdigung findet am Sonnabend 1 Uhr von der Friedhofshalle in Gröba aus statt.

Hauptstraße Kammer-Lichtspiele Hauptstraße
Nur noch heute: „Die Gladyrinseffin“, in der Hauptrolle Oella Moja.
Ab morgen Freitag bis mit Montag täglich in 2 Vorstellungen
Vorsicht! Hochspannung! Lebensgefahr!
Großer Sensationsfilm in 5 Akten. Spannend von Anfang bis Ende.
Anfang 7 Uhr abends und 9 Uhr.
Sonntag ab 2 Uhr große Kinder- u. Familienvorstellung.

Sächsischer Künstlerhilfsbund
Ortsgruppe Rieta
Freitag, 4. März 1921, 7/8 Uhr, Stern-Saal
Einmaliger Konzabend
der vierzehnjährigen:
Wera Waldheim
in Tänzen nach Kompositionen von Rob. Schumann, Chopin, Grieg, Joh. Strauß, Frig. Kreisler
Mitwirkung:
Clara Schubert (Klavier)
Kammermusikus Wehner (Violine)
Kammermusikus Wänzner (Cello)
Trio B-Moll v. Rob. Wolfmann
Trio Fa-Moll v. César Franck
Karten bei Joh. Hoffmann, Hauptstr. 36, Tel. 107 und an der Abendkasse
1. Platz 8 M., 2. Platz 6 M., 3. Platz 4 M.
Für Mitglieder des S. K. H. B., des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege Rieta-Gröba, des Vereins Erholung und des Chörevereins - (korporative Mitglieder des S. K. H. B.) - 6, 4,50 und 3 M.

Cordes'sche Bekleidungs-Kurse
Gegr. 1900. Halle a. S. Gegr. 1900.
Handfrauen und Töchter sparen viel Geld indem sie ihre eigene Garderobe selbst anfertigen.
Ein praktischer Schneider-Kursus
von 12 wöchentlicher Dauer beginnt demnächst in **Gröba, Hotel Thüringer Hof.**
Kein schulförmiger Unterricht, sondern die Teilnehmerinnen arbeiten während dieser Zeit eigene Garderobe (Neuanfertigung, Umarbeitung usw.) unter Leitung einer perfekten Schneiderin. - Anmeldungen und Auskunft ab Freitag mittags 12-2 u. abends 6-8 Uhr im ob. Unterrichtsstofal.

Heute wieder frisch eingetroffen:
Feinste Tafelmargarine
1 Pfund-Block 10,80
Pflanzenbutter „Zha-Ga“
1 Pfund-Block 12,50
Die Rollereibutter „Thamja“
1 Pfund-Block 12,50
Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garfs
Hauptstraße 54.

Unsere altberühmte Spezialmarke
Riebeck-Consolatorbräu
ein sehr kräftiges dunkles Vollbier mit vorzüglichem Geschmack
ist ab heute wieder in Gebinden, Flaschen und Sodapops zu beziehen.
Riebeck-Brauerei-Niederlage Rieta
Bismarckstr. 23.

Baumw. Damen-Häutlinge 3,00 usw.
Damen-Gewinde, weiß, von 35,00 an
Fertige wollene Frauenstrümpfen
Gerren-Boden, Karf, Paar 6,00 usw.
Konfirmanten- und Herrenhüte von 35,00 an
Gerren-Strickbündchen von 5,00 an
Weiße Servietten, weiß, von 8,00 an
Elegante Leibbinder von 4,50 an
Weiße Schürze von 2,00 an u. v. a. m.

Martin Schniebs, Glaubitz.
Qualitätsraucher
probieren Sie bitte meine Spezialmarken:
Prometa 100 Stück 80 Pfa., 100 Stück M. 76,00
Comercio 100 100 95,00
Domino 120 100 110,00
Viederabend 150 100 140,00
Wilhelm Frenzel Nachf.
Jah. Otto Opel
Zuckerwaren-Großhandlung, Wettinerstr. 2.

Schweineschmalz
blütenweiß, Pfund M. 12.-
Feinstes Tafelöl
Pfund M. 16.- empfiehlt
Emil Alinger, Bismarckstr. 11a, Telefon 581.

Die besten
Handwagen
kauft man bei
Döllscher
am Schlachthof.

Engl. Zigarettenlabak
India-Soos, Neger-Kautabak
schwarzer Kranter.
Kautabak alle Preislagen.
Für Wiederverkäufer
billigste Preise.
Zabal-Röhler
Rieta, Bismarckstraße 65,
Gute Quelle, Telefon 728.

Wirtschafts-
Wiener
Tafel-
Zerbier-
Bedienung-
Rinder.
Schürzen
große Auswahl.
Leinenhaus Adermann.

Alte
**Post-, Bahn- u. Steuer-
Wägen**
werd. wieder neu vorgerichtet.
Neue Wägen stets am Lager.
Anfertigung auch nach Maß.
Ed. Böhml,
Wägenf., Hauptstr. 40.

Handwagen
sowie Erntewagen
solldeste Bauart - in allen
Größen - zu äußerst. Preisen.
W. Spengler Wilhelmstr. 6
güth. Kalkhof

Mais Körner
schrot
mehl
Futtererbsen
Trockenschnittzel
Futterkalk
stets am Lager bei
A. G. Horing & Co.
Elbstraße 7.

werden ein-
gezogen
Stühle
Goethestr. 41, Hth. r.
Jederzeit zu sprechen.
Gasthof Gosa.
Sonnabend, den 6. März
großes Vordierfest.

Gumirist Fackender
sorgt für gute Unterhaltung.
Dazu laden freundlichst ein
Arthur Mendler und Frau.
Sennig's Restaurant.
Heute Donnerstag
bis Montag
Vordier-
Auschnitt
Stoff: Bergbrauerei.
H. Bodwürstchen.
Dazu laden ergebenst ein
O. Sennig u. Frau.

Zeithain.
Freitag, den 4. März,
abends 7/8 Uhr
Einwohnerversammlung
aller Woblberechtigten im
Reichshof, Der Ginderafer.

Freiwillige
Sanitätskolonne
Morgen Freitag ab. 8 Uhr
Meldung im Meldungslokal.
Der Kolonnenführer.
Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Deutscher Reichstag.

Zulassung der Frauen als Schöffen.

Wb. Berlin, 2. März.

Präsident Bose eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Bedeutung der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen für Deutschland und ganz Europa hinweist.

Vorbereitungsordnung.

Abg. Dr. Pachtold (Dem.) beantragt, die Vorlage einem besonderen Ausschuss zu überweisen, da der Ausschuss der Reichsversammlung überlastet sei und hier schnelle Arbeit geleistet werden müsse.

Verichtsverfassungsgesetzes.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.)

Begründet die Anträge der äußersten Linken, welche u. a. für einzelne Sachen die zur Zuständigkeit der Strafgerichte gehören, die Zuständigkeit der Schöffengerichte nach erweitern wollen, außerdem in vielen Einzelpunkten Änderungen der Vorlage wünschen.

Abg. Dr. Heubner (D. V.) spricht im allgemeinen seine Anerkennung für den Entwurf aus. Es müsse aber auch auf die Technik des Gesetzes Gewicht gelegt werden, damit nicht wieder technisch so ansehnliche Gesehe zustande kämen wie in Weimar.

Der Entwurf bedeutet weniger eine Entlastung als eine Verfestigung der Arbeit auf die Amtsgerichte. Von dem Schöffengericht, das sich als eine Art Volkstribunal gegenüber dem Juristenrecht auszuweisen kann, ist viel zu erwarten.

Abg. Marx (Str.)

Recht der Entscheidung des Ausschusses über das Schöffengericht ebenfalls sympathisch gegenüber und meint im übrigen, daß man sich streng an das halten müsse, was aus einer Entlastung der Gerichte führen könne.

Abg. Graef (Thüringen) (Nat.)

Wir bitten die Regierung dringend, nicht der sozialdemokratischen Anregung zu folgen, den Arbeiter- und Rechtsanwaltsstellen das Schöffengericht zu überlassen. Die gegenwärtige Zeit mit ihrer Verwirrung der Sitten ist nicht geeignet, die Ordnungsgesetze abzuschaffen.

Abg. Brodauf (Dem.)

Manche Bestimmungen des Entwurfs haben keine Entlastung der Gerichte. Meine Freunde haben schon in Weimar die Zulassung von Frauen als Schöffen und Geschworene beantragt; aber wir wollen diese Frage bei der kommenden Strafrechtsreform erledigen.

Abg. Dr. Herzfeld (Kom.)

Die Novelle will die Angeklagten wichtiger Schutzmittel bereuen. Die Schöffengerichte werden durch die Novelle überlastet, die Hilfsrichter werden mehr in Anspruch genommen und die Justiz wird verschlechtert.

Justizminister Dr. Heine

Die Entlastungs-Novelle konnte nicht mit so vielen Einzelheiten verknüpft werden, wenn man nicht der Hilfsprozessreform vorgreifen wolle. Ich erwa te außerdem, daß diese schwerwiegende Frage nicht in Verbindung mit der vorliegenden Novelle erledigt werden. Wir arbeiten ja jetzt an einer weitgehenden Reform des Verfahrens im Zivil- und Strafprozess.

Abg. Rosenfeld (Unabh.)

Recht einen Teil seiner Anträge über die Erweiterung der Zuständigkeit der Schöffengerichte zurück zu ziehen.

Die entscheidenden Stunden in London

Künftige Konferenzberichte.

Wb. London, 2. März (Reuter).

Die Führer der alliierten Delegationen versammelten sich mittags, um den Bericht ihrer juristischen und wirtschaftlichen Ratgeber zu hören. Sodann beriet sich die Konferenz mit Feldmarschall Foch, Feldmarschall Wilson und anderen militärischen Sachverständigen.

Die deutsche Delegation bleibt in London.

Die deutsche Delegation in London teilt mit, daß sie keineswegs die Absicht habe, wie eine englische Zeitung heute morgen meldete, London zu verlassen und daß sie im Gegenteil die in Berlin verbliebenen Sachverständigen in London erwartet.

Eine offizielle Stimme.

Die „Deutsche Wg. Ztg.“ schreibt in einem offenbar inspirierten Leitartikel: Wenn in der deutschen Öffentlichkeit Stimmen laut werden, die den deutschen Zahlungsplan bei weitausgehend, so kann ihnen ausgedehnt werden, daß bei der ungeheuren Verschuldung des Deutschen Reiches der Beschluß, Milliardenbeträge anzubieten, einen gewissen Sprung ins Dunkle bedeutet.

Reaktionen der englischen Presse.

Die gesamte Londoner Presse von der „Daily Mail“ bis zur „Daily News“ lehnt die deutschen Vorschläge ab. Daily Chronicle schreibt: Deutschland hat wieder den Weg eingeschlagen, der ihm von den Leuten, die vor dem Kriege am Ruder waren, anempfohlen worden ist.

Französische Pressestimmen.

Die Pariser Blätter äußern sich fast ohne Ausnahme sehr scharf und höhnisch über die deutschen Gegenangebote und bieten für die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene. Wenn man hiermit bis zum Eingang der Justizreform warten wolle, könne man lange warten.

Abg. Brodauf (Dem.) hat inzwischen einen Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, für 1922 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frauen Zutritt zum Schöffen- und Geschworenennamen gewährt.

Berichterstatter Abg. Marx (Str.)

widerspricht dem Antrage, der nicht einmal dem Ausschuss vorgelegen habe und dessen Beratung oder Annahme allen Traditionen widerspreche.

Abg. Brodauf (Dem.)

entgegen, er hat den Antrag schon in Weimar gestellt. Justizminister Heine bittet, den Antrag nicht anzunehmen, und die Regierung

tragen ihre Befriedigung über die in London zutage getretene Einigkeit triumphierend zur Schau. Nur ganz vereinzelt und nebenbei werden auch andere Töne angeschlagen. „Ere Nouvelle“ sagt: Wenn Deutschland es versteht, dann können wir noch auf den Grund der Begehung in natura zweifelsohne und sogar durch eine beschränkte Verwendung deutscher Arbeitskräfte zu Arrangements kommen, die für Deutschland und für Frankreich vorteilhaft sind.

Berliner Pressestimmen.

Zu dem Sturm in der alliierten Presse und zu der Drohung mit der Hungerblockade wird in der „Täglichen Rundschau“ gesagt: Die englische Hungerblockade, durch die man uns während des Kriegs zu Falle gebracht hat, soll erneut eingeleitet werden, um uns zu zwingen, den Vorfall Unfug zu unterzeichnen, der unter eigenes Todesurteil bedeutet.

Georg Bernhard macht in der „Post-Zeitung“ bei der Beurteilung des deutschen Angebotes der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie bei der Formulierung, für die sie allein verantwortlich sei, nicht das psychologische Verständnis für den Gegner, was der wesentliche Faktor der Politik sei, bemessen habe.

In den Kreisen der polnischen Regierung

ist man mit dem bisherigen Verlauf der Londoner Konferenz sehr zufrieden, da man hofft, von der Entzente des Auftrags zu erhalten, polnische Truppen in Deutschland einzrücken zu lassen.

nicht festzulegen. Die Frage der Frauen würde im Jugendgesetz ihre Erledigung finden.

Abg. Frau Zies (Unabh.)

hält es für unverständlich, daß man sich, nachdem man die Gleichberechtigung der Frau anerkannt habe, in dieser Frage so sträube. Die Frauen aller Parteien sollten dies wenigstens gütlich verstehen.

Abg. Frau Pöhl (Soz.)

schließt sich dem an. Abg. Frau Trautfeld (Str.)

nimmt dem Gedanken des Antrages zu, stellt sich aber aus formalen Gründen auf den Boden der Auffassung der Zentrumspartei.

Abg. Frau Dr. Baum (Dem.)

spricht sich namens der demokratischen Frauen für den Antrag Brodauf aus und hofft, daß auch die Männer sich anschließen werden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Frau Walz (Kom.) und Frau Wurm (Unabh.) bittet der

Wirtschaftsminister nochmals den Antrag Pro-
 auf abzulehnen, der erst im Ausschuss gründlich durch-
 gesprochen werden müsse. Man warte doch das Gesch
 über die Jugendgerichte ab.

Auf Antrag Rosenfeld (Unabh.) soll die Abstim-
 mung über die unabhängigen und kommunikativen An-
 träge über die Frauenausschüsse zum Schlußnamen zu-
 sammen und zwar namentlich erfolgen.

Es werden sodann die ersten Artikel des Entwurfs
 angenommen in der Ausschlußfassung.

Der Antrag Rosenfeld-Hoffmann auf so-
 fortige Zulassung der Frauen zum Schiffs-
 und Geschworenen-Ami wird in namentlicher Ab-
 stimmung mit 170 gegen 126 Stimmen bei 7 Enthäl-
 tungen angenommen.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Auf-
 hebung der Ordnungskreise für Rechtsanwälte
 wählte er sich die Notwendigkeit, eine Ausdehnung
 vorzunehmen, die im Wege des Sammelbeschlusses erfolgt.
 Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Ar-
 tikel 1.

In Artikel 2 beantragt Abg. Rosenfeld (Unabh.) die
 Zulassung unbeschränkter Berufungskreise,
 während der Aufsicht die Grenze bei 30 Mark steht.
 Die Abg. Probus (Dem.), Dr. Radbruch (Soz.)
 und Marx (Bis.) sprechen sich gegen den Antrag Rosen-
 feld aus, ebenso Reichsjustizminister Dr. Heine. Abg.
 Dr. Herzfeld (Rom.) bekämpft die Ausschlußfassung und
 unterstützt den Antrag Rosenfeld.

Der Antrag Rosenfeld wird abgelehnt, die Aus-
 schlußfassung angenommen. Der Rest der Vorlage wird
 mit unwesentlichen Änderungen in der Ausschlußfassung
 angenommen.

Der Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrech-
 nung der während des Krieges zurückgeleg-
 ten Dienstzeit wird ohne Debatte dem Landesausschuss
 überwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Nächste Vor-
 lagen.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Die oberösterreichische Abstammung.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz gibt folgende
 Bekanntmachung heraus: Es wird in Erinnerung gebracht,
 daß die Personen der Kategorie A nur nach Vorlegung
 der roten Legitimationskarte, die Personen der Kategorie C
 nur nach Vorlegung ihrer Wahlkarte und der roten
 Legitimationskarte zur Abstammung zugelassen werden.
 2. Die Aufmerksamkeit der Interessenten wird auf die Not-
 wendigkeit hingelenkt, durch die zuständigen Gemeindever-
 waltungen jede Ungenauigkeit in ihren Legitimationskarten
 berichtigten zu lassen, die sich auf die Angaben über ihren
 Namen, Vornamen, Alter und Geburtsort beziehen, außer-
 dem in den Legitimationskarten für die Personen der
 Kategorie C jede Ungenauigkeit, die das Datum des Ein-
 tritts in die Abstammungsliste betrifft. 3. Es wird außer-
 dem in Erinnerung gebracht, daß jede Person, die bei der
 Abstammung entweder eine andere Legitimationskarte hat
 als diejenige, die ihr zusteht, oder eine falsche Legitimations-
 Karte gebraucht, den in Artikel 38 der Abstammungsver-
 ordnung vorgeschriebenen Strafen (Geld- oder Gefängnisstrafe,
 oder beide Strafen zusammen) unterliegt.

Bestern traf in Opatowitz der erste Zug mit enollichem
 Militär ein. Ueber die genaue Zahl der Offiziere und
 Mannschaften ist bisher nichts bekannt geworden. Wie aus
 Kreisen der Interalliierten Kommission verlautet, werden
 weitere Transporte in regelmäßigen Abständen erwartet.
 Im Ganzen werden 4 Bataillone englischer Truppen nach
 Oberösterreich kommen.

Die Bewirtschaftung der neuen Getreideernte.

Von Oberregierungsrat Bruno Mensch,
 Leiter der Landesgetreidekasse.

Vor einigen Tagen sind die Ernährungsminister der
 Einzelstaaten in München zusammengetreten, um unter
 Vorsitz des Reichsministers Dr. Gerners eingehend über die
 Bewirtschaftung der neuen Getreideernte zu beraten. Der-
 artige Zusammenkünfte haben schon wiederholt stattgefunden.
 Ihr Wert liegt darin, daß die leitenden Beamten des Er-
 nährungsamtes im Reich und allen einzelnen Ländern Ge-
 legenheit haben, sich kennen zu lernen und in persönlichem
 Meinungs- und Erfahrungsaustausch die Grundlinien der
 Ernährungspolitik durchzuberaten. Außerdem erleichtern sie
 die Möglichkeit, die stets vorhandenen Gegensätze zwischen
 den einzelnen Ländern — vor allem zwischen Ueberfluß-
 und Bedarfsgebenden — zu besprechen und auszugleichen.
 Zu entscheiden haben diese Konferenzen nicht; dies tun viel-
 mehr die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körper-
 schaften, Reichstag und Reichsrat.

Die Münchener Konferenz war von besonderer Wichtig-
 keit um deswillen, weil die Bewirtschaftung der neuen Brot-
 getreideernte im kommenden Wirtschaftsjahre beraten wurde.
 Man mußte sich gegenüber den Darlegungen der verant-

wortlichen Reichsregierungen davon überzeugen, daß die Inland-
 wirtschaft in ihrer bisherigen Form nicht weiter aufrecht
 erhalten werden kann. Denn im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr
 haben sich die aus der Inlandsernte erhaltene Getreidemengen
 gegenüber dem Vorjahre erheblich vermindert und
 außerdem droht die landwirtschaftliche Erzeugung noch weiter
 zurückzugehen. Die sachliche Regierung gab lediglich dieser
 Zwangslage nach, wenn sie einer Veränderung des Wirt-
 schaftssystems für Brotgetreide nicht widersprach. An und
 für sich ist für ein starkes Ausmaß an Brotgetreide die Auf-
 rechterhaltung dieses Systems noch wünschenswert. Auf
 keinen Fall ist im Interesse Sachlens wie auch des ganzen
 Reiches eine völlige Freigabe der Brotgetreidewirtschaft
 zur Zeit möglich. Diesen Standpunkt teilte auch die Kon-
 ferenz. Denn die Inlandsernte steht hinter dem Inlands-
 bedarf so stark zurück, daß wir auf erhebliche Auslands-
 zuzüge von Getreide nicht verzichten können. Diese Aus-
 landszuzüge sind aber ein zu unsicherer Faktor in der Inlands-
 ernährung, solange der Markkurs so niedrig steht und seine
 Schwankungen so fortgehen wie bisher. Wollte man jetzt
 freie Getreidewirtschaft herstellen, so würde überflüssig die
 Bevölkerung der Ueberflusseländer billiges Inlandsbrot
 haben, während die Bevölkerung der industriellen Bedarfs-
 gebenden in Folge der Auslandszuzüge übermäßig hohe Brot-
 preise zahlen müßte.

Man muß also ein System wählen, das zwischen dem
 Inländer und der freien Wirtschaft einen Mittelweg findet. Die
 beste Alternative wurde das Umlageverfahren bezeichnet. Dem
 Landwirt soll die Ablieferung von 3 1/2 — 4 dz Getreide auf
 den ha seiner gesamten Getreidebaufläche auferlegt werden.
 Ueber den Rest kann er insofern frei verfügen, als es in
 seinem Belieben steht, wieviel er davon in seinem Betriebe
 verbrauchen und wieviel er verkaufen will. Ungeklärt aber
 blieb vorläufig die Frage, ob er den Rest verkaufen kann,
 an wen er will und zu welchem Preise er will. Die Ver-
 fechter dieser Art der Regelung stützen sich darauf, daß sie
 außerordentlich produktionsanregend wirken und mit einem
 Schläge den Schleichhandel beseitigen würde. Es würde ja
 keine Vorkehrung mehr bestehen, die den Handel mit Ueber-
 schußgetreide verbietet. Gegenüber einer solchen Regelung
 erhoben sich aber starke Bedenken und diese Bedenken wurden
 vor allem auch von sachlichen Vertretern betont. Es ist
 nämlich fraglich, ob es bei einer solchen Freigabe des
 Ueberflusses überhaupt noch möglich ist, das Umlagegetreide

entschieden zu erfassen und also die Brotversorgung der Be-
 völkerung sicherzustellen. Das alles würde eine Kontrolle
 der Landwirte, der Mühlen, der Bäcker dann fast unmöglich
 sein. Man würde mehrere Getreide-, Brot- und Mehlpreise
 haben. Die Preise für das freie Getreide würden sich in
 einem sehr hohen Preisniveau ausbilden. Es würde den
 großen Masse der Verbraucher sehr schwer werden, ihren
 Brotbedarf durch Brot aus dem freien Markt zu decken.
 Mit Sachlens waren daher auch andere Länder der Meinung,
 daß man dem Landwirt den Ueberfluß seiner Ernte
 wohl innerhalb seiner Wirtschaft zur völlig freien Verfügung
 lassen soll, daß er aber, wenn er nach Deckung seines Bedarfs
 das Getreide verkaufen will, es an die Reichsgetreidekasse
 abführen muß. Er würde in diesem Falle einen höheren
 Preis als für das Umlagegetreide erhalten können, und zwar
 muß dieser Preis so hoch sein, daß er sich ausländische Futter-
 mittel kaufen kann.

Wiel besser als mit vollständigen Maßnahmen würde
 man den Schleichhandel mit einer Erhöhung der Brotzation
 bekämpfen können. Denn eine solche Erhöhung würde die
 Bekämpfung der Bevölkerung vermindern, sich über das Maß
 der ausgegebenen Menge hinaus einmischen. Für die Er-
 höhung ist deshalb auf der Konferenz Sachlens mit Nach-
 druck eingetreten. Wenn in Breitenländern gesamt worden
 ist, daß dieser Antrag abgelehnt worden sei, so ist das un-
 richtig. Eine Entscheidung darüber wird erst fallen, wenn
 festgestellt, in welcher Weise der Ueberfluß der Ernte be-
 wirtschaftet werden wird. Wird nämlich dieser Teil von
 der Reichsgetreidekasse erkaufte, so hat sie größere Mengen
 billiges Inlandsgetreide zur Verfügung und kann und wird
 infolgedessen die Brotzation ohne weiteres auch erhöhen.
 Wird der Ueberfluß aber freigegeben, so kann das
 Reich nur für eine geringere Menge Brot sorgen. Denn
 wenn der freie Teil der Ernte nicht erkaufte würde, so könnte
 das notwendige Getreide für eine höhere Brotzation nur
 durch Einfuhr aus dem Auslande beschafft werden. Die
 Preisen für das Auslandsgetreide und die Verbilligungs-
 gelder für das ausländische Mehl würde das Reich aber
 bei seiner jetzigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage
 schwerlich aufbringen können.

Auch die Frage der Preise für Getreide der Ernte 1921
 wurde lebhaft erörtert. Die Reichsregierung vertrat den
 Standpunkt, daß die Festlegung von Preisen nicht an-
 gebracht sei, solange nicht eine endgültige Entscheidung über
 die neue Wirtschaftsform getroffen sei. Sachlens dagegen
 meinte, daß keine Festlegung gerade jetzt unbedingt notwen-
 dig ist, vor allem weil sie von günstigem Einfluß auf die
 Preisbildung sein würde. In der Vorrede ist schon ver-
 schiedenartig erwähnt worden, daß die von der Interkom-
 mission vorgelegten Berechnungen als Mindestpreise für die
 neue Ernte gelten sollen. Das ist durchaus nicht der Fall.
 Diese Sätze werden einer sehr genauen Prüfung zu unter-
 liegen sein. Sachlens hat sich insbesondere gegen eine Er-
 höhung der jetzigen Brotpreise ausgesprochen. Der Reichs-
 ernährungsminister Dr. Gerner gab folgende Erklärung ab:
 Der Preis für das Umlagegetreide müsse unbedingt die
 Produktionskosten der Landwirte decken. Ueber die Ge-
 staltung der Getreide- und Brotpreise der neuen Ernte aber
 könne er noch nichts sagen. Denn dabei spiele die Ent-
 wicklung der Weltmarktpreise eine große Rolle. Sie sei aber
 gegenwärtig nicht zu übersehen. Unter keinen Umständen
 würden im laufenden Wirtschaftsjahre, d. h. also bis zum
 15. August 1921, die Preise für das von der Reichsge-
 treidekasse abzugebende Mehl erhöht werden.

Gegenüber diesem wichtigen Gebiete des Ernährungs-
 wesen könnten die anderen nur weit kürzer besprochen
 werden. In der Frage der Kartoffelversorgung im kommen-
 den Wirtschaftsjahre war die Vermittlung überwiegend
 für eine völlige Freigabe. Ausführliche Darlegungen der
 Länder sollen jedoch bei besonderen Notständen mit Zu-
 stimmung des Reichsernährungsministeriums zulässig sein.
 Wegen der Milchbewirtschaftung war man allgemein
 der Ansicht, daß die Milchzuckerzeugung gesteigert werden müsse,
 da die Belieferung der Verbrauchszentren mit Milch sehr
 viel zu wünschen übrig lasse. Man vertritt sich manches
 von dem Abschluß von Lieferungsverträgen. Die Beratung
 war in diesem Punkte sehr eingehend, hatte aber nur
 vorbereitenden Charakter, da die neue Regelung der Milch-
 zwangswirtschaft auf die Tagesordnung der nächsten Kon-
 ferenz der Ernährungsminister gesetzt werden soll. Diese
 findet Ende März in Bremen statt.

Zur

Konfirmation

Fertige Anzüge
 marine und farbig
 285.— 330.— 398.— 475.— Mk.

Fertige Kleider
 weiß und schwarz Wollstoff
 138.— 178.— 228.— 248.— Mk.

Fertige Backfisch-Jackets

Kaufhaus Gerner

Inh.: Paul Asbeck
 Hessa, Wettinerstraße 33

Schokolade

von nur besten Firmen liefert an Wieder-
 — verkäufer zu Original-Fabrikpreisen —

Wilhelm Frenzel Nachf.

Inh. Otto Opel
 Süßwaren-Großhandlung, Wettinerstr. 2.

Seimatsglück.
 Roman von Ludwig Nothmann. 57

18. Kapitel.

„Wort Pöplan! So ist es denn also getan. Das Doktor-
 haus ist mein, und wir zwei sind Nachbarn geworden. Ich
 will es Dir nicht vergessen, wie vielen und großen Dank Du
 an dieser für mich hochbetreuten und mehr, als Du ahnst, be-
 deutungsvollen Wendung hast und Du mußt es Dir schon ge-
 fallen lassen, daß ich Dir danke, Du Lieber, Guter! Glaubt
 Du, daß ich nun eine ungestörte, drängende Sehnsucht habe,
 nach Tudenhof zu fahren und alles und alle wiederzusehen?
 Es fällt mir schwer, gerade jetzt in Berlin auszuhalten zu müssen.
 Aber es hilft nichts, ich muß arbeiten. In meiner Arbeit liegt
 ja auch ein Teil der Erfüllung meiner Wünsche, denn je flei-
 ßiger ich bin, um so eher kann ich hoffen, meinen Traum von
 einem glückseligen Tudenhofer Idyll erfüllt zu sehen. Wie wäre
 es denn aber, wenn Du mich zu Weihnachten einladen würdest?
 Nicht Tage Warte ich mir dann schon gönnen, und es
 wäre hübsch, wenn ich mich darauf schon jetzt freuen dürfte.“

„Gib mir die Damen im Doktorhaus. Du selbst nimm
 Dich und Handschlag von Deinem getreuen Walter Schlegel.“

„Lieber Professor! Dein Brief hat mir Freude gemacht. Ist
 zwar ein Wunsch, das mit dem Einladen, aber weil Du es doch
 schon so haben willst, so lade ich Dich hiermit also herzlich ein,
 mich zu Weihnachten zu besuchen. Ist es recht so? Ich freue
 mich viel mehr als Du auf Dein Kommen; es gibt vielleicht
 auch noch mehr Leute hier oben, die Dir gern einmal wieder
 die Hand drücken werden. Deine Grüße an das Doktorhaus
 habe ich bestellt und ich soll wieder grüßen. Auch sonst habe
 ich da viel von Dir erzählt, weil ich den Eindruck habe, daß
 man sich dafür interessiert. Man — das heißt: Frau Anna.
 Von Eva weiß ich das nicht so genau, denn die ist jetzt, ja —
 wenn ich bloß wüßte, wie man den Zustand erklären soll? Man
 kann den Eindruck haben, als wäre sie mit den Gedanken weit
 ab, und doch ist es auch kein totes Versinken. Uebrigens,
 das Bild, welches ich mir ausgedenkt habe, als ich bei Dir
 war, habe ich nicht mehr. Das habe ich kürzlich den beiden
 Frauen gezeigt; nachher habe ich es vergessen, und später
 meinte Frau Anna, es sei doch eigentlich richtig, wenn der

Beitrag des Hauses wenigstens in Wille in seinem Eigentum
 sei. Wirst Du mir ein anderes Bild schicken, so soll es mich
 freuen. Wirst Du nicht, so läßt Du es eben bleiben. Womit
 ich bin Dein allezeit getreuer Pöplan.“

„Du bist ein Fils, mein lieber Pöplan! Ein hinterhältiger
 Mensch, der sich anmacht, dem lieben Herrgott ins Handwerk
 zu pfuschen! Aber daß Du es nur weißt: ich durchschaue Dich,
 und wenn ich Dir dennoch vergehe, so magst Du daraus er-
 messen, wie lieb Dein Professor Dich hat. Eigentlich soll ich
 von Dir verlangen, daß Du mein Bild einfach zurückforderst.
 Aber nun erlaube mir auch, was für ein Malheur Du mit
 T. einen Schlichen schon angedreht hast: ich habe mich bereits
 daran gewöhnt, mit den Frauen die trauliche Gemeinschaft zu
 teilen, die mein schönes Doktorhaus bietet. Da ich nun aber
 auch Dich unter Augen haben möchte, so schicke ich Dir zum
 andern Male ein Bild, allerdings in der ganz bestimmten Ver-
 wartung, daß Du es nicht wieder legendäres „vergischt“. Neben-
 bei: Hast Du nicht ein Bild von Eva? Vielleicht gerät das
 dann einmal in einen Umschlag, der meine Adresse trägt. Ich
 verprieche Dir auch, es nicht wieder zurück zu schicken. Gruß
 und Handschlag, alter Knabe! Walter.“

„Lieber Herr Professor! Du hast mich schwer gekränkt. Ein
 Fils soll ich sein, ein hinterhältiger Mensch! Und dem Herr-
 gott soll ich gar ins Handwerk pfuschen! Was den Herrgott
 angeht, der macht schon ganz allein alles recht und gut! Doch
 ich nicht hinterhältig bin, will ich Dir gleichfalls schlagend be-
 weisen. Eines Bild sollte unversehens in einen Umschlag mit
 Deiner Adresse geraten, so schreibst Du. Nun sage doch, Wen-
 schenskind, wofür hältst Du den alten Pöplan? Solche Schölen
 macht der nicht! Außerdem habe ich auch gar kein Bild von
 der Eva. Da bin ich denn nun ganz einfach zu Frau Anna
 gegangen und habe ihr rund heraus gesagt, was Du mir da
 angeschlossen hast. Und nun denke: Sie hat gelacht! Gelacht,
 so still und weich und so artig, daß ich eigentlich gar nicht ver-
 stehen, wieso und warum. Begreifst Du es, dann schreibe mir
 noch darüber. — Dann nunke ich die obere Schublade vom
 Bettlo aufziehen, und da lagen in einem Umschlag drei
 Bilder von der Eva. Eins davon sollte ich mir nehmen, für
 mich, verstehtst Du. Eins dürfte ich Dir schicken, aber — Ja,
 heißt Du, ein Bild ist doch dabei. Es war da in dem besagten

Umschlag auch noch ein Bildnis von Frau Anna selbst. Aus
 früheren Jahren freilich, aber schließlich doch ihr gut gelungenes
 Porträt. Na, und davon möchte ich Dir eins mitschicken.
 Das gehöre sich so, meinte Frau Anna. Ich enthalte mich
 jeden Urteils darüber. Sie kann doch unendlich daran gedacht
 haben, daß Du eine mittlere Ansicht nötig haben könntest,
 wenn Du Evas Bild betrachtest, nicht wahr? Also da hast Du
 nun die beiden Bilder. Ich grüße Dich als Dein alter, aus-
 richtiger, gar nicht hinterhältiger Pöplan.“

„Lieber Pöplan! Du bist doch ein Fils und es kann gar
 keine Rede davon sein, daß ich etwas zurücknehme. Und wenn
 ich Weihnachten komme, kriegst Du wahr und wahrhaftig einen
 Kuss von mir. Wie lang ist es übrigens noch bis Weihnach-
 ten? Walter.“

„An den hochwohlgeborenen Herrn Professor Dr. Walter
 Schlegel, Berlin. Ausbei ein Kalender. Der Weihnachtstag
 ist rot angezeichnet. Der sonstige Inhalt Deines durch kurze
 ausgezeichneten Schreibweise ist mir nicht recht klar gewor-
 den, und was ich alter Kerl mit Deinen Rufen anfangen soll,
 weiß ich schon gar nicht. Wenn es Dir recht ist, will ich das
 feierlich verbrieft Anrecht auf Deinen Kuss bedienen. Ich ver-
 spreche sogar, daß ich ohne Kuss zusehen will, wenn der besagte
 Kuss an diejenige Persönlichkeit abgeliefert wird, der ich ihn zu-
 geschickt habe. Womit ich die Ehre habe zu sein Dein Pöplan.“

„Walter hatte mit Beginn des Wintersemesters seine Vor-
 lesungen wieder aufgenommen, und der Andrang dazu war
 enorm. Es war eine Freude und Freude in ihm, die sich
 auf seine Ehre übertrug und seinen Vorlesungen alles Trudens
 und Besorgnisse nahm. Da er nun über die wissenschaftlichen
 Ergebnisse seiner Reise las, so konnte er zum guten Teil die
 Ausarbeitungen für sein großes Werk verwenden. Drei Aus-
 genpaare auf dem Schreibtisch saßen ihm zu: Eva zwischen
 Pöplan und Frau Anna.“

„Mitte Oktober, als die Vorlesungen eben begonnen hatten,
 traf ein Brief aus Bonnberg ein; die Einladung zur Hochzeit.
 Die sollte allerdings nur im allermindesten Falle gefeiert
 werden, aber dazu gebiete er doch und Ulrich reifte darauf,
 daß er komme.“